



Öffentlichkeitsveranstaltung am 09.08.11 in Dornburg-Frickhofen

Standpunkt des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Landesverband Hessen

zur Nutzung der Windkraft

Referent: Hermann Maxeiner, Hünfelden,

Vorstellung.

Meine Damen und Herren, aufgrund der rasanten technischen, aber auch aufgrund der politischen Entwicklung überarbeitet der BUND derzeit seine Windkraftpositionen, so dass ich Ihnen nicht mit einer Power Point-Präsentation dienen kann. Ich stelle den Wortlaut meines Vortrages allerdings der Gemeinde zur Verfügung, so dass er auf der Internetseite nachgelesen werden kann.

Aufgrund der Kürze der Zeit, vereinbart waren 15 Minuten, und weil einiges auch schon durch meine Vorredner angesprochen wurde,

beschränke ich mich auf die Energie- und Naturschutzaspekte. Weitere Punkte können wir sicherlich im Anschluss noch diskutieren.

Gestatten Sie mir zunächst eine kurze Vorstellung meines Verbandes sowie der Grundsatzaussagen des BUND zu Energiefragen, aus der auch insbesondere die Haltung zur Windkraft deutlich wird.

Der BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland ist ein überparteilicher und unabhängiger Mitgliederverband, der bundesweit etwa 480.000 Mitglieder, Förderer und Unterstützer hat. In Hessen sind es ca. 21.000, im Kreis LM-WEL etwa 400.

Der BUND steht für eine umweltverträgliche Strom- und Energieerzeugung mit der Zielmarke 100%.

Dass dieses Ziel in naher Zukunft möglich ist, haben uns Wissenschaftler in verschiedenen Szenarien dargestellt.

Es gibt viele Alternativen zur konventionellen Stromproduktion, die ich hier im Einzelnen nicht erläutern muss. Heute geht es in erster Linie um das Thema Windkraft.

Ich möchte an dieser Stelle aber noch einmal betonen, dass Grundvoraussetzung für eine zukunftsfähige Energiepolitik Energieeinsparung und Energieeffizienz sind. Zahlreiche Studien zeigen, dass der heutige Stromverbrauch bis 2050 durch intelligente und effektive Nutzung halbiert werden kann.

Wir sind im Verband auf Fachwissen angewiesen. Deshalb engagieren sich in den verschiedenen Arbeitskreisen des BUND u.a. in den

Arbeitskreisen Energie des Bundesverbandes und der Landesverbände Wissenschaftler und andere Energiefachleute.

Sie beschäftigen sich mit allen Fragen der Energiepolitik und der Energietechnologie.

Im Bereich Atomkraft gibt es im Bundesverband noch eine Strahlenkommission.

Die Arbeitskreise erarbeiten Positionspapiere und stimmen diese mit einem auf Bundesebene eigens eingerichteten wissenschaftlichen Beirat ab.

Diese Personen arbeiten ehrenamtlich, sprich: unentgeltlich. Sie sind im wahrsten Sinne des Wortes unabhängig.

Der BUND fordert seit seinem Bestehen einen Ausstieg aus der Atomtechnologie.

Eigentlich hätte die jetzt von allen propagierte Energiewende schon nach der Katastrophe von Tschernobyl kommen müssen.

Leider sind weitere 25 Jahre ohne einen Kurswechsel in der Wirtschafts- und Energiepolitik vergangen. Unsere derzeitige Form des Wirtschaftens und der dadurch bedingte Energiehunger hat mit Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit nämlich nichts zu tun.

Bei der Umstellung auf erneuerbare Energien wird die Windkraft einen entscheidenden Anteil leisten.

Sie ist derzeit die kostengünstigste erneuerbare Energiequelle, und sie zeichnet sich durch die geringste Flächeninanspruchnahme aller alternativen Energieträger aus.

Der Flächenertrag von Windkraftanlagen (WKA) liegt bei einem

Windpark bei	50kwh/qm,
wenn man nur den Mastfuß, also die eigentliche	
Versiegelung zugrunde legt, bei	3000kwh/qm,
bei Photovoltaikanlagen (PV) sind es	110kwh/qm,
bei Freiland-PV	35kwh/qm,
bei Biogasanlagen mit überwiegend	
Maisbefüllung	1- 2kwh/qm.

Jede Windenergieanlage (WEA) ist allerdings ein Eingriff in Natur und Landschaft.

Deren Ausbau kann sich negativ auf Vögel und Fledermäuse auswirken. Die möglichen Auswirkungen auf den Menschen werden wir sicherlich noch im Anschluss diskutieren.

Der BUND, der ja nicht nur Umwelt- sondern auch Naturschutzverband ist, würde sich unglaublich machen, wenn er diese Probleme nicht ernst nehmen würde.

Der Arbeitskreis Energie des BUND Hessen hat im letzten Jahr einen Praxis-Workshop „Windkraft“ durchgeführt.

Dort referierte auch ein Biologe, der in einem Büro für faunistische Fachfragen arbeitet und sich seit über 10 Jahren mit Vogel- und Fledermausschutz im Bereich von Windkraftanlagen beschäftigt.

Er arbeitet auch mit der Staatlichen Vogelschutzwarte in Frankfurt. zusammen.

Er hat u.a. das Thema Rotmilan angesprochen, das immer wieder von der Presse und auch von Windkraftgegnern aufgegriffen wird, und zwar als Sonderfall im Bereich der Ornithologie (der Vogelkunde), weil der Rotmilan nach Veröffentlichungen in den letzten Jahren überproportional häufig mit WKA kollidiert ist.

Nach durchgeführten Untersuchungen in einigen Bundesländern, insbesondere in Ostdeutschland, gab es 123 Totfunde, Stand: 01.10.2009.

Ohne das relativieren zu wollen, muss man allerdings auch sagen,

dass viele Milane den Stromtod sterben,

Verkehrsoffer werden,

und durch illegale Verfolgung getötet werden, vor allem -aber nicht nur- in ihren Überwinterungsquartieren.

Der Rotmilan nimmt WEA nicht als Gefahr wahr. Windparks werden regelmäßig frequentiert.

Das führt insbesondere zu Problemen bei Freiland-WKA. Die extensive Nutzung des Landes am Mastfuß führt z.T. zu einer hohen Kleinsäugerdichte.

Da diese Bereiche im Mai/Juni oft die einzig zugänglichen (u.U. gemähten) Stellen im Offenland sind, sind sie bevorzugtes Jagdgebiet des Rotmilan,

Bei seinen Beuteflügen bewegt er sich überwiegend in 30 – 50m Höhe. Deshalb könnten die neuen höheren WKA in diesem Falle von Vorteil sein.

WKA im Wald könnten sich ebenfalls positiv auswirken, weil der Rotmilan nicht im Wald jagt und Waldrandbrüter ist.

Der Biologe fordert weitere Untersuchungen, insbesondere zum Jagdverhalten des Rotmilans.

Zur Vorbeugung empfiehlt er die landwirtschaftliche Nutzung bis zum Mastfuß oder die Bepflanzung mit schnellwachsenden dicht schließenden Gehölzen.

Zu dem Problem „Fledermäuse“ sagte der Biologe wörtlich „stochern wir im Nebel, weil es zu wenig valide –also gesicherte- Daten gibt.“

Nach seinen Aussagen steigt das Kollisionsrisiko, wenn wandernde Fledermäuse, einige Arten tun das, Windparks passieren. Deshalb sollten die Hauptflugkorridore bei der Planung erkannt und freigehalten werden.

Hinweisen möchte ich in diesem Zusammenhang auch auf die Veröffentlichungen des Deutschen Naturschutzrings (DNR) zu „Kranichzug und Windenergie“ im Landkreis Uelzen.

Zusammengefasst kommen diese Untersuchungen, die von der Arbeitsgruppe für regionale Struktur- und Umweltforschung (ARSU GmbH) mit Sitz in Oldenburg in Kooperation mit dem NABU-KV Uelzen in den Jahren 2005 – 2007 durchgeführt wurden, zu folgendem Ergebnis; ich zitiere:

„Die Untersuchung zeigt, dass die geplanten und fertiggestellten Windparks im Landkreis Uelzen keine erhebliche Beeinträchtigung für den Kranichzug darstellen. Durch die Bestrebung, nur bei gutem Zugwetter zu ziehen, können in der Regel hohe Flughöhen verwirklicht werden. Dadurch kommt es nicht zu Konflikten mit den Windparks. Wenn die Kraniche in Einzelfällen zu niedrigeren Flughöhen gezwungen werden, reichen die Korridore zwischen den Windparks für Ausweichreaktionen aus.“ (Ende des Zitats)

Als Richtwert für diesen Abstand werden 3 – 5km angegeben.

Weiterhin weise ich auf die ebenfalls vom DNR veröffentlichten „Oldenburger Langzeituntersuchungen zum Konfliktthema „Windkraft und Vögel“ hin, die ebenfalls durch das vorgenannte Büro ARSU in Ostfriesland durchgeführt werden (der 6. Zwischenbericht liegt seit 2007 vor).

Hier ergibt sich folgende Schlussfolgerung, ich zitiere: „...dass ein einmalig im Bereich eines Windparks beobachteter Effekt nicht ohne Weiteres diesem zugeordnet werden kann. Alle anderen Einflüsse (Hecken, landwirtschaftliche Nutzung, andere Störungen) müssen ausgeschlossen werden können und folglich mit untersucht werden. Daraus leitet sich eine der wichtigsten

Erkenntnisse ab, dass nur einjährige Untersuchungen keine belastbaren Aussagen liefern.“ (Ende des Zitats)

Es gibt allerdings bundesweit keinen einzigen Hinweis darauf, dass durch WKA Bestandsgefährdungen einzelner Arten hervorgerufen wurden.

Risikominimierung bei der Standortwahl und beim Betrieb spielt für uns eine wichtige Rolle.

Folgendes sollte nach den Vorstellungen des BUND Hessen Berücksichtigung finden:

Bündelung statt Verteilung,

Regionale statt lokale Standortwahl,

Entscheidung mit Beteiligung der Kommunalpolitik,

Einheitliche Auswahlmethode für ganz Hessen,

Transparente und öffentliche Darstellung,

nachvollziehbare Kriterien,

Festlegung von Tabu- und Restriktionsflächen.

Der BUND Hessen hat im Rahmen seiner Stellungnahmen zu den Regionalplänen, die bei den Regierungspräsidien erstellt werden, gefordert, auf mindestens 1% der Landesfläche Vorrangflächen für Windkraft festzulegen.

Das sind Flächen, auf denen Windräder vorrangig gebaut werden sollten.

Nach einer aktuellen Studie des Fraunhofer/IWES-Institutes in Kassel könnten 60% des hessischen Strombedarfs durch Windenergieanlagen auf 2% der Landesfläche erzeugt werden.

Unsere Vorstellung war, dass diese Vorrangflächen unter Berücksichtigung der vorgenannten Kriterien mit Ausschlusswirkung für die Restflächen festgelegt werden, um tatsächlich einen „Wildwuchs“ in der Landschaft zu vermeiden und auch Tabuflächen festzulegen.

Leider wurden unsere Vorschläge bei den Entscheidungen der Regionalen Planungsversammlungen nicht übernommen.

Mittelhessen hat seinerzeit mit ca. 0,7% der Fläche noch den größten Anteil festgelegt,

Nordhessen etwa 0,6%

und Südhessen unter 0,3%,

so dass das Hess. Wirtschaftsministerium diese Planung wegen des Vorrangs der Windkraft nicht akzeptieren konnte.

Windkraft ist nämlich nach § 35 BauGB privilegiert.

Durch diese Privilegierung könnten im Außenbereich theoretisch überall Windräder gebaut werden.

Genau hier war die Landespolitik gefordert, um steuernd eine unkoordinierte Planung zu vermeiden.

Thema Wald und Windkraft:

Hessen gehört zu den walddreichsten Ländern der BRD, ca. 40% der Fläche ist mit Wald bedeckt, so auch ein Großteil der windhöffigen Flächen.

Höffigkeit kommt übrigens aus der Bergmannssprache und bedeutet „reiches Vorkommen“, in unserem Falle also viel Wind.

Der BUND Hessen ist deshalb nach eingehender Diskussion zu dem Schluss gekommen, dass der Wald nicht tabu sein kann.

Dabei haben wir natürlich bedacht, dass heutzutage

Wälder in der Regel artenreicher sind, als die Feldflur,

alte Wälder i.d.R. artenreicher als Jungwälder,

Laubwälder i.d.R. artenreicher als Nadelwälder.

Deshalb sollten alte größere Laub- und Mischwälder als Restriktionsfläche angesehen werden und es sollte eine Einzelfallprüfung bezüglich der Eingriffsminimierung erfolgen.

Auch die Ausweisung von Vorrangflächen für WEA in Naturparken und in Landschaftsschutzgebieten hält der BUND Hessen für vertretbar.

Ausschlussflächen:

Nationalparke, Naturschutzgebiete und Naturwaldreservate sind weiterhin als Tabuflächen zu betrachten.

Bei der Planung von Windvorrangflächen sollten aus Naturschutzgründen auch Flächen ausgeschlossen werden, die als Europäisches Verbundsystem „Natura 2000“ (FFH- oder Vogelschutzgebiete) ausgewiesen sind.

Vorstellbar für den BUND Hessen sind jedoch Standorte in Natura 2000 –Gebieten, bei denen die Schutzgüter (Lebensräume und Arten) nicht oder weniger stark beeinträchtigt werden, als an möglichen Alternativstandorten außerhalb dieser Gebiete.

Der Nachweis dieser potentiell geringeren Beeinträchtigung ist vor der Festlegung als Windkraft-Vorrangfläche zu führen.

Bestehende Anlagen in Natura 2000 – Gebieten genießen jedoch Bestandsschutz. Außerdem sollte das Repowering (der Ersatz alter durch neuere, größere und leistungsstärkere Anlagen) in diesen Gebieten möglich sein.

Der BUND spricht sich auch gegen Höhenbegrenzungen bei WEA aus. Mit größerer Höhe ist ein deutlich höherer Energieertrag realisierbar, bezogen auf die gesamte Stromproduktion sind weniger Anlagen erforderlich und Konflikte im Bereich Artenschutz sind u.U. reduzierbar.

Bei meiner Vorstellung habe ich erwähnt, dass ich in Hünfelden wohne.

Sie haben sicherlich mit Interesse die Zeitungsveröffentlichungen bezüglich der Planung eines Windparks in meiner Heimatgemeinde Kirberg verfolgt.

Sollten Sie dazu noch Fragen haben, kann ich sie gerne im Rahmen der nachfolgenden Diskussion beantworten.

Zum Schluss noch ein paar persönliche Bemerkungen :

Nach meiner festen Überzeugung kann eine zukunftsweisende Energiepolitik nur mit Offenheit und Transparenz und unter Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger gelingen. Ihr Bürgermeister und Ihr Gemeinderat gehen hier ja mit gutem Beispiel voran.

Politische Entscheidungsträger sollten sich hüten, die Energiepolitik der vergangenen Jahrzehnte fortzuführen, die in erster Linie Machtpolitik war und die Bürgerinnen und Bürger für dumm verkauft hat.

Ich zeige Ihnen noch ein paar Aufnahmen, die ich, bis auf das Startbild selbst aufgenommen habe.

Das Startbild wurde mir von einer Vertreterin der Bürgerinitiative (BI) Hünfelden übersandt. Damit hat die BI, aus der mittlerweile ein Verein geworden ist, in Hünfelden versucht, Meinung zu machen.

Mit diesen Aufnahmen möchte ich noch einmal verdeutlichen,

dass simple Vergleiche von Windrädern mit bekannten Bauwerken zwar spektakulär, aber nicht hilfreich sind,

dass man die Wirkung von WKA immer nur im Zusammenhang mit der sie umgebenden Landschaft beurteilen kann,

Diese Aufnahmen kommen Ihnen sicherlich bekannt vor, die Gemeinde Dornburg hat eine ähnliche auf ihrer Internetseite.

Sie zeigen auch, wie unterschiedlich die Wirkung von Windrädern und Hochspannungsleitungen in einer Landschaft ist.

Ich stelle Ihnen diese Bilder auch deshalb vor, weil mir bisher niemand erklären konnte, warum Menschen bei der Planung von WKA urplötzlich zu Landschafts- Natur- und Waldschützern werden.

Menschen, denen ich in den mehr als 30 Jahren, in denen ich mich ehrenamtlich für Natur- und Umweltschutz einsetze, selten oder nie begegnet bin.

Menschen, die ich auch nicht gesehen habe, als ich mich in den 90er Jahren, gegen die Verbindungstrasse der 380kv-Hochspannungsleitung durch das Gebiet meiner Gemeinde engagiert habe, die inzwischen neu errichtet wurde.

Hünfelden, 09.08.11

**Hermann Maxeiner
Vorstandssprecher BUND Hessen
Tel.: 06438 / 2946
HermannMaxeiner@web.de**

**www.bund-hessen.de
www.klimabotschafter.net**

Spendenkonto: 799912 Frankfurter Sparkasse BLZ 50050201

DIE ERDE BRAUCHT FREUNDINNEN UND FREUNDE!

BUND-MITGLIED WERDEN

Gemeinsam können wir mehr bewegen:

<http://www.bund.net/mitglied-werden>